

Munition für Butscha

Bei der Aufrüstung Putins durch Dual-Use-Güter spielte Bern eine nicht unwichtige Rolle. Wir baten die Regierung um Stellungnahme. Die Antwort ist ernüchternd. SEITE 2

Schande für die Demokratie

Unsere Korrektur-Initiative soll ausgehebelt werden, als Folge eines perfiden Vorstosses. Die Rüstungsindustrie freuts. Und die Ukraine? Die hat damit gar nichts zu tun. SEITE 3

Aufrüsten, was das Zeug hält

5, 40 oder 100 Milliarden Franken? Hauptsächlich mehr Geld. Die Armee hat den Bezug zur Realität völlig verloren und platziert ohne demokratische Legitimierung eine Wunschliste. Wo führt das hin? SEITE 5

Eine Welt ohne Atomwaffen

78 Jahre seit Hiroshima und die Schweiz zögert noch immer, den Atomwaffenverbotsvertrag (TPNW) zu unterzeichnen. Was steckt dahinter, was hat die NATO damit zu tun und wie engagieren wir uns? SEITE 6

Ist die Armee genügend auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet?



Liebe Leser*innen

Wer verteidigt eigentlich wen und was in diesem Land? Das sind Fragen, die man sich derzeit durchaus stellen mag. Denn die Armee gibt zwar vor, die Schweiz verteidigen zu wollen, doch ob sie damit auch den Frieden verteidigt oder gar für ihn einsteht? Tut dies nicht eher die GSoA, die sich gegen die Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes (Seite 3) und gegen zusätzliche 100 Milliarden CHF Blankoscheck für die Armee (Seite 5) verteidigen muss und hierfür sogar eine Verhaftung in Kauf nimmt? Und sind es nicht wir, die weiterhin schonungslos mit dem Finger auf das F-35 und/oder Ruag-Debakel (Seiten 3 & 5) zeigen? Nebenbei stehen ebenfalls wir für Gerechtigkeit ein, damit endlich die massive Aufrüstung Putins durch die Schweiz (Seiten 2 & 4) thematisiert wird oder auch die perversen Kriegsgewinne hier ansässiger Konzerne besteuert werden. Auch ein Rückblick auf die Diktatur in Chile, auf Hiroshima und auf die Wehrpflicht-Initiative (Seiten 6 & 7) lassen einen nachdenklich zurück. So führt euch doch diese Ausgabe zu Gemüte und fragt euch am Ende nochmals: Wer verteidigt nun den Frieden? Die Armee in ihrem unsäglichen Aufrüstungswahn oder zivilgesellschaftlich aktive Gruppierungen und Menschen, die täglich auf eine friedliche Welt hinarbeiten. Mit diesen Worten wünsche ich eine gute Lektüre und danke für den Einsatz, den wir alle immer wieder hinlegen.

Joris Fricker

und das ganze Redaktionsteam

Impressum

Redaktionsteam: Anja Gada, Andreas Weibel, Fabio Briante, Kilian Bello, Joris Fricker, Josef Lang, Jonas Heeb, Lukas Bürgi, Martin Parpan, Oger, Pauline Schneider, Roxane Steiger, Tobia Schnebli.

Cartoons: Oger | **Gestaltung:** Regula Meili | **Übersetzung:** Catherine Jost | **Druck:** ROPRESS Zürich | **Auf-
lage:** 17'500, mindestens viermal jährlich | **Mit-
gliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo) Verdienende Fr. 100.–/
Nichtverdienende Fr. 50.–** Jahresabonnement GSoA-
Zitig: Fr. 20.– PC-Konto: PC 40-37315-5 | **Verlag:**
GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Telefon 044 273 01 00,
E-Mail: gsoa@gsoa.ch, www.gsoa.ch

Leser*innenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Die Redaktion behält sich vor, Zusendungen zu kürzen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen. Die Inhalte dieser Zeitung unterstehen der Creative Commons-Lizenz CC BY-ND-NC 4.0. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

DUAL-USE-GÜTER

Bomber, Raketen, Patronen gegen die Ukraine

Putin verdankt Berner Firmen Maschinen zur Herstellung von Waffen. Die Regierung kümmert's nicht. JOSEF LANG

Das Hauptthema der GSoA-Kundgebung zum ersten Jahrestag von Putins Krieg am 22. Februar 2023 war die Aufrüstung Russlands aus dem Kanton Bern. Kurz darauf reichten die beiden ehemaligen GSoA-Sekretärinnen Rahel Ruch und Seraina Patzen im Grossen Rat eine Interpellation ein, mit Fragen zu Firmen, die Russland Spezialmaschinen geliefert hatten. Am 19. September 2023 wurde die Antwort des Regierungsrates veröffentlicht. Sie ist nichtssagend. Sogar die Verurteilung des Kriegs wurde erst auf Nachfrage der Zeitung «Der Bund» nachgeliefert.

Der hervorragende «Bund»-Artikel (20.9.2023) stützt sich, wie schon die NZZ und die WoZ, vor allem auf die Recherchen der angesehenen Nichtregierungsorganisation «Ukrainischer Wirtschaftssicherheitsrat» (EEB) aus Kiew. Ein Beispiel: «Im Jahr 2018 lieferte Fritz Studer AG zwei S21 CNC-Maschinen für 316 Millionen Rubel an das Kusnezow-Werk in Samara. Für die russischen Streitkräfte produziert Kusnezow Triebwerke für strategische Bomber. Die Russen setzen derzeit den Tu-22-Bomber aktiv im Krieg in der Ukraine ein.» Ihr Online-Organ «InformNapalm» weiss zu berichten, dass die Studer 2019 eine CNC-Maschine S33 an den Raketen-Produzenten Awangard in Moskau lieferte.

MUNITION FÜR BUTSCHA

Die Bieler GF-Tochter Machining Solutions lieferte 2017 der IMS-Rüstungsfirma in Ud-

murtien eine CUT 20 P-Maschine. Die IMS stellt laut EEB «86% aller Kleinwaffen in Russland her, insbesondere Makarow- und Yargin-Pistolen. Eine solche Waffe wurde nach dem Abzug russischer Truppen im ukrainischen Dorf Dymyry in der Region Kyjiw gefunden. Die Einheimischen suchen immer noch nach vermissten Angehörigen, die gefoltert wurden.» Im gleichen Jahr tauchten Bieler Werkzeugmaschinen in der Ischewsk, einem Teil des Kalaschnikow-Konzerns, auf.

2018 lieferte die GF Machining Solutions der KPB-Rüstungsfirma in Tula 23 Fräsmaschinen, 12 Bearbeitungszentren, 1 Senkmaschine und 1 CNC-Maschine für 722 Millionen Rubel. Die Fabrik stellt unter anderem das Luftverteidigungssystem Panzir-SI, Lenkwaffen, Raketen-systeme, Granatwerfer, Scharfschützengewehre, Maschinengewehre, Pistolen und Revolver her. Auch nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine hat die Bieler Firma über ihre Galika-Vertretung Güter zu 407 Millionen Rubel an die Kusnezow geliefert.

Die Sylvac SA im Berner Jura verkaufte 2018 gemäss EEB ein optisches System im Wert von 3 Millionen Rubel an die NPS, die Kleinwaffenmunition produziert. Deren Spezialmunition verwendet die russische Nationalgarde für ihr Scharfschützengewehr Totschnost. Sie tat das auch beim Massaker in Butscha im März 2022. EEB stellt lakonisch fest: «In gewisser Weise trugen auch Schweizer Unternehmen zu der Tragödie in der Stadt bei.»

PRO-PUTIN-POWER-PLAY DER FDP

Wie bedeutend die Lieferungen aus dem Kanton Bern sind, liess sich am 12. September 2022 in der NZZ nachlesen. In einem Dossier mit dem Titel «Schweizer Dual-Use-Maschinen für Russlands Rüstung» sagt der ETH-Militärforscher Niklas Masuhr: «Importierte Dual-Use-Güter spielen für die Kampfkraft der russischen Armee eine grössere Rolle als die Einfuhr von fertigen Waffensystemen.»

Eigentlich wollte das zuständige SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft) wegen den Sanktionen nach der Krim-Annexion 2014 gar keine Dual-Use-Güter mehr nach Russland liefern. Dann aber hat sich die FDP mit einem massiven Power Play für eine «Liberalisierung» stark gemacht. So reichte die damalige Ständerätin Karin Keller-Suter im Dezember 2015 eine Interpellation ein, hinter der die St. Galler Firma Starrag AG stand. Dieser ging es um den Verkauf von Werkzeugmaschinen für die Herstellung von Flieger-Triebwerken in Russland. Der zuständige FDP-Bundesrat und Berner Unternehmer Johann Schneider-Amman desavouierte drei Monate später das restriktive Seco mit dem Dogma: «keine ideologische Prüfkriterien.»

VV

Neue Volksinitiative: Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags

Anfang November traf sich die GSoA zur ausserordentlichen Vollversammlung in Bern. Im Zentrum stand dabei die Diskussion über eine neue Volksinitiative. JORIS FRICKER

Knapp über 50 Mitglieder fanden für die a.o. Vollversammlung den Weg nach Bern, um über das neue Initiativprojekt zu befinden. Dabei standen drei Vorschläge im Raum: Die Wiedereinführung des Botschaftsasyll, die Einschränkung der Armeefinancen oder die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW). Ersteres wurde auf Antrag von der Liste gestrichen, weil die Abklärungen ergaben,

dass das Projekt für die GSoA zu diesem Zeitpunkt unpassend kommt.

PARTIZIPATIVER PROZESS

Die drei Vorschläge waren das Resultat der ersten Auswahl, die von der ordentlichen Vollversammlung im Mai dieses Jahres getroffen wurde. Damit fasste die Koordination und das Sekretariat die Aufgabe, diese Projektideen

weiterzuverfolgen, dabei die Mitglieder bestmöglich einzubeziehen und die notwendigen Abklärungen zu treffen. Unzählige Sitzungen und diverse Regionalgruppen-Treffen wurden abgehalten, mögliche Partnerorganisationen und auch Jurist*innen beigezogen.

KNACKNUSS «ARMEEFINANZEN»

Gerade die Idee der Einschränkung der Armeefinancen war zu Beginn noch sehr schwammig. Es war einzig klar, dass das steigende Armeebudget unbedingt angegriffen werden sollte. Daraus entwickelte sich die Idee einer «Sicherheitsinitiative». Ziel: Zwei Fliegen auf einen Schlag. Es sollte eine Debatte über die Definition des Sicherheitsbegriffes angestossen und gleichzeitig eine Kürzung des Armeebudgets erreicht werden – am liebsten über Art. 57 der Bundesverfassung.

ATOMWAFFEN VERBIETEN!

Nach einer intensiven Diskussion an der a.o. VV hat sich am Ende die Initiative zur Unterzeichnung des internationalen Atomwaffenverbotsvertrags deutlich durchgesetzt. Denn obwohl die Schweiz an der Ausarbeitung dieses Vertrages beteiligt war, ziert sie sich bis heute, ihn zu unterzeichnen. Egal ob die NATO im Nacken sitzt oder andere Aufrüstungsgelüste der Grund für diese Zaghaftheit sind: Die Schweiz muss diesen Abrüstungsvertrag endlich unterzeichnen!

Aktion zur neuen Initiative nach der a.o. Vollversammlung.



KRIEGSMATERIALEXPORTE

Nein zur Aushebelung der Korrektur-Initiative!

Unter klaren Bedingungen wurde vor zwei Jahren die Korrektur-Initiative zurückgezogen. Der Ständerat will nun genau diese Bedingungen wieder aushebeln und hiess eine Motion gut, mit welcher ein parlamentarischer Entscheid aus der aktuellen Legislatur wieder zunichte gemacht wird. Die GSoA verurteilt dieses undemokratische Vorgehen aufs Schärfste. JONAS HEEB

Weil der Bundesrat auf Druck der Rüstungsindustrie mehrmals die Exportbedingungen für Kriegsmaterial lockerte, wurde vor ungefähr drei Jahren die Korrektur-Initiative lanciert. Sie forderte ein Verbot von Exporten in Bürgerkriegs- und menschenrechtsverletzende Länder. Zudem hob sie diese Bestimmung erstmals auf Gesetzesstufe, womit solche Exportkontrolle neuerdings dem Volk und Parlament und nicht mehr dem Bundesrat alleine unterstellt wurden. Im Gegenvorschlag wollte sich der Bundesrat aber ein Schlupfloch offenhalten: Abweichungen von diesen Bestimmungen sollten möglich sein, wenn «ausserordentliche Umstände vorliegen und die Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes dies erfordert» - was auch immer das heisst. Glücklicherweise lehnte das Parlament

dieses Schlupfloch ab, was für das Initiativkomitee eine zwingende Bedingung war, die Korrektur-Initiative 2021 zurückzuziehen.

UNDEMOKRATISCHER ENTSCHEID

Doch nicht zum ersten Mal nutzten nun die Bürgerlichen den Ukraine-Krieg für ihre Zwecke aus und forderten im exakt selben Wortlaut erneut die Einführung dieses Schlupflochs – und das nur zwei Jahre nachdem das Parlament dies ablehnte. Dies ist nicht nur höchst undemokratisch, sondern hätte zur Folge, dass der Bundesrat auf das Jammern der Rüstungsindustrie hin (und das macht sie ständig), Waffenexporte in Bürgerkriegs- und menschenrechtsverletzende Länder ermöglichen könnte. Dass er von dieser Kompetenz auch Gebrauch machen würde, hat der Bundesrat bereits be-

wiesen. Der Ständerat hiess die entsprechende Motion gut, welche von seiner sicherheitspolitischen Kommission eingebracht wurde, natürlich mit gütiger Unterstützung des Bundesrats. Dabei sind Lieferungen in die Ukraine weiterhin nicht möglich. Es geht einzig und allein darum, der klagenden Rüstungsindustrie unter die Arme zu greifen, die auf die Bürgerlichen nach

wie vor grossen Einfluss zu haben scheint. Dabei geht es ihr blendend: Die Kriegsmaterialexporte waren 2022 auf einem Rekordhoch. Die GSoA ist entrüstet über dieses dreiste Vorgehen und hat dies mit einer Aktion symbolisiert, indem sie Bundesrat und Parlament die rote Karte für diesen Entscheid zeigte. Es liegt nun am Nationalrat, dieses Machtspiel zu unterbinden und den parlamentarischen Willen, notabene aus derselben Legislatur, zu respektieren!



Protestaktion gegen den Entscheid des Ständerates.

RUAG

Ruag: Ein nicht enden wollender Skandal

Für jene, die sich für den Schweizer Rüstungssektor und sein (nicht) Funktionieren interessieren, war August ein spannender Monat. KILIAN BELLO

Nachdem am 7. August die ehemalige Ruag-Chefin das Unternehmen verliess, erfasste eine Welle von Enthüllungen die Schweiz. Dabei kam auch die katastrophale Führung der Ruag ans Tageslicht.

Man erfuhr also, dass die deutsche Rheinmetall AG sich an die Ruag gewandt und ihre Absicht kundgetan hatte, 96 Leopard 2 Panzer zu kaufen, um sie anschliessend an die Ukraine zu liefern. Die Ruag entschloss sich also, diese Transaktion weiterzuverfolgen, obschon es ihr das SECO verboten hatte. Ruag behauptete dann Deutschland gegenüber, dass das Geschäft abgewickelt werden könne und machte weitere Schritte in diese Richtung. Es ging soweit, dass Rheinmetall einen Vertrag mit den Niederlanden aufsetzte, die wiederum die Aufgabe hatten, die

Panzer in die Ukraine zu transportieren. Doch die Erlaubnis seitens der Schweizer Regierung, auf der dieses Geschäft beruhte, hatte es nie gegeben. So übten Deutschland und die Niederlande starken Druck auf den Bundesrat aus, mit dem Ziel, den Verkauf doch zu ermöglichen – was dann glücklicherweise nicht geschah.

Die zu 100% dem Bund gehörende und auf Rüstung spezialisierte Ruag hat also wissentlich versucht, die Regulierungen zur Kriegsmaterialausfuhr zu ignorieren und somit Partner hinter Licht zu führen, was eine diplomatische Krise zur Folge hatte. Es ist umso beunruhigender, dass dieser Disziplinmangel von der Ruag kommt, einem Unternehmen, das auf Rüstungsgüter spezialisiert ist und dass das zu einer diplomatischen Krise führte.

Der Höhepunkt dieser lächerlichen Geschichte kommt jedoch erst noch: Es stellte sich heraus, dass 25 der besagten Panzer zuvor bereits einem anderen deutschen Unternehmen, der GLS, verkauft worden waren, und zwar für 500 Franken pro Stück, nachdem man sie 2016 für 45'000 Franken pro Stück von Italien gekauft hatte. Die Ruag hat also versucht, die gleichen Panzer an zwei verschiedene Unternehmen zu verkaufen, wobei sie bei einem der Kunden nur einen Bruchteil der Ankaufssumme verlangte. Zum krönenden Abschluss erfuhr man wenig später, dass im Zusammenhang mit diesen Panzern ein Strafverfahren wegen Korruption gegen einen der Mitarbeiter von GLS läuft.

Inkompetenz, Korruption, Verlust von Millionen von Franken, Verletzung der Neutralität: Gegen die Ruag werden schwere Vorwürfe laut. Nirgends sonst würde man so eine Geschichte dulden, und auch in diesem Fall sollte sie nicht

geduldet werden. Die Kündigung der ehemaligen Chefin Brigitte Beck reicht dabei nicht. Allem Anschein nach ist die Ruag völlig ausser Kontrolle geraten und will sich nicht mehr den Gesetzen unterwerfen. Dieses Risiko dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen.

Doch das Ganze geht über die Ruag hinaus. Es stellt sich die Frage, inwiefern das VBS in diese Geschäfte verwickelt war. Denn in Anbetracht der engen Verbindungen, die das Departement und die Ruag pflegen, ist es doch erstaunlich, dass Viola Amherd nicht von alledem gewusst haben soll. So ist es auch unklar, was für das Verteidigungsdepartement schlimmer wäre: Ein Mangel an Kontrolle über ein strategisch wichtiges Unternehmen oder die Verwicklung in den Skandal. Eines ist sicher: Damit die Ruag die Schweiz in Zukunft nie wieder so blossstellen kann, muss die Ruag gänzlich auf ihre Rüstungssparte verzichten und sich in Zukunft nur noch auf den zivilen Teil konzentrieren.

SCHWEIZ GLOBAL

Unser Zweck im Licht der globalen Entwicklung

Die internationalen Spannungen unterminieren nicht nur die globalen Entwicklungsziele der UN-Agenda 2030, sondern gefährden auch die Sicherheit aller Menschen dieses Planeten. Was liesse sich für die Schweiz in diesem Kontext aus der Bundesverfassung ableiten? EIN ESSAY VON FABIO BRIANTE

Die 2015 von der UNO definierte Agenda 2030 beinhaltet siebzehn nachhaltige Entwicklungsziele, die «Sustainable Development Goals» (SDG). Es ist das erste internationale Abkommen, in welchem das Prinzip der Nachhaltigkeit mit der globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Entwicklung verknüpft wird (siehe <https://sdgs.un.org>). Die Halbbilanz vom SDG-Gipfel im September 2023 ist jedoch niederschmetternd: Nur gerade 15% der Ziele sind ungefähr auf Kurs. Bei allen anderen sind keine, oder gar negative Entwicklungen zu verzeichnen.

Die Gipfelteilnehmenden weisen in ihrer Abschlusserklärung auf den unterminierenden Einfluss von bewaffneten Konflikten auf die Zielerreichung hin und konstatieren mit Besorgnis eine erhebliche Finanzierungslücke der SDG-Programme. Gleichzeitig verschlingen die nationalen Kriegsindustrien und die globalen Investitionen in den militärisch-industriellen Komplex durch staatliche, private und internationale Organisationen rekordhohe Summen. Würde auch nur ein kleiner Teil dieser Gelder stattdessen SDG-Programmen zur Verfügung stehen, könnte die UN-Agenda 2030 erreicht

werden. Doch solange global mehr Ressourcen in die Kriegsindustrie und die Vorbereitung militärischer Antworten auf mögliche Eskalationen geopolitischer Spannungen als in deren Überwindung gesteckt werden, werden weiterhin wichtige Ressourcen fehlinvestiert bleiben.

Es ist absehbar, dass die SDGs nur erreicht werden können, wenn internationale Spannungen abgebaut und bestehende Konflikte überwunden werden – so wie es das «UN SDG 18 No War» fordert (siehe www.iucm.net). Dieses Ziel stellt für die übrigen 17 Entwicklungsziele zweifelsfrei eine substanzielle Grundlage dar. Dabei geht es um weitaus mehr als nur um den Erfolg eines schöngeistigen Projekts. Es geht um eine vielleicht letzte Chance auf umfassende Sicherheit für alle Menschen auf diesem Planeten, um eine Sicherheit, die alle relevanten

Aspekte auf ökologischer, klimatischer, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Ebene gleichermaßen vereint.

Artikel 2, Absatz 4 der Bundesverfassung (BV) legt fest, dass es der Zweck der Schweiz sei, sich einzusetzen «für die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für eine friedliche und gerechte internationale Ordnung». Wenn wir diesen Auftrag ernst nehmen, dann müssten wir dem Erfolg der UN-Agenda 2030 oberste Priorität einräumen. Anstatt selbst mit Militärbündnissen zu liebäugeln und dutzende Milliarden in die militärische Aufrüstung zu investieren, bekäme es der Schweiz gut, endlich ihre Doppelmoral zu überwinden und dieses Geld in nachhaltige Sicherheit zu investieren – zum Wohle aller Menschen dieses Planeten und in «der Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen» (BV, Präambel).

KRIEG UND FRIEDEN

ASERBAIDSCHAN/BERGKARABACH

Mehr Öl aus Aserbaidtschan ist keine Lösung

Die meisten europäischen Länder gerieten in den 2000er Jahren in eine immer stärkere Abhängigkeit von Energieimporten ausserhalb Europas. 2020 wurden fast 90 Prozent des Ölbedarfs und 70 Prozent des Gases der EU durch Importe gedeckt. ROXANE STEIGER

Mit dem Export von Kohle, Öl und Gas finanzierte Putin einen erheblichen Anteil des russischen Staatshaushaltes und somit auch den Krieg in der Ukraine. Bei Kriegsausbruch wurden zahlreiche Stimmen laut, die eine Unabhängigkeit von russischem Öl und Gas forderten.

KUSCHELN MIT ÖL-DIKTATUREN

Der Import von russischem Öl in europäische Staaten ist heute offiziell verboten. Doch die Abhängigkeit blieb. Wo holen die westlichen Staaten ihr Öl und Gas heute her? 2022 importierte die Schweiz 175'000 Tonnen Rohöl aus Aserbaidtschan. Der Anteil an aserbaidtschani-

schem Rohöl an der gesamten Importmenge schwankte lange zwischen 0 und 0.1 Prozent. 2022 schoss dieser auf 6 Prozent der Importe. Auch für die EU spielt Aserbaidtschan seit Ausbruch des Ukraine-Kriegs eine grosse Rolle. Im Bestreben, sich aus der Abhängigkeit von russischem Gas zu lösen, schloss EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vergangenen August eine Energiepartnerschaft mit Aserbaidtschan.

In der Zwischenzeit zeigte sich aber, wie Aserbaidtschan vorgeht, um den Europäern angesichts des steigenden Bedarfs zusätzliches Erdgas zu liefern. Das Land schloss Ende 2022

mit dem russischen Staatskonzern Gazprom einen Vertrag über vermehrte Gaslieferungen ab. Diese russischen Gas-Zustüpfen ermöglichen es somit Aserbaidtschan, mehr eigenes Erdgas nach Europa zu liefern. Von Unabhängigkeit von Russland zu sprechen, ist angesichts dieser Tatsachen schwierig.

KAMPF DEN KRIEGSKASSEN

Aserbaidtschan ist eine mit Erdöl und Erdgas reich gewordene Diktatur unter Präsident Ilham Alijew. Seine Regierung hetzte in den vergangenen Monaten und Jahren systematisch gegen Armenier:innen. Vor wenigen Wochen hat Aserbaidtschan die mehrheitlich von Armenier:innen bewohnte Region Bergkarabach nun militärisch überfallen und tausende Menschen vertrieben. Auch wenn Bergkarabach völkerrechtlich zu

Aserbaidtschan gezählt wird, besitzt letzteres kein Recht dazu, Ansprüche auf das Gebiet militärisch durchzusetzen.

Zwar hatten zu Beginn des Überfalls die EU und die USA Aserbaidtschan zur Einstellung der Kampfhandlungen aufgefordert. Doch bei Redaktionsschluss dieser Zeitung (14.10) muss das Regime Alijews kaum Sanktionen des Westens fürchten. Denn mit den weiterhin ausfallenden Gaslieferungen aus Russland, verfügt es über ein gewichtiges politisches Pfand. Somit stehen die europäischen Länder vor einem Dilemma, wenn sie auf die aggressive Haltung Aserbaidtschans reagieren sollen. Dieses Beispiel zeigt in aller Deutlichkeit: Für eine nachhaltige Friedenspolitik müssen wir aufhören, die Kriegskassen von Autokraten und Kriegsherren zu füllen. Dazu müssen wir so schnell wie möglich von fossilen Rohstoffen wegkommen.



Nahostkonflikt

Die Situation im Israel-Palästina-Konflikt verändert sich fast täglich, weshalb wir uns entschieden haben, in dieser Zeitungsausgabe auf unsere Website zu verweisen. Da veröffentlichen wir jeweils aktuelle Artikel, Berichte und Stellungnahmen.



Zusammen mit anderen NGOs und Organisationen haben wir Anfang November in Zürich eine gutbesuchte Kundgebung für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina organisiert. (Foto: Jana Leu)

Der offene Brief für eine Kriegsgewinnsteuer haben wir im September eingereicht. Der Brief wird zurzeit als Petition vom Parlament behandelt. (Foto: GSoA Schweiz)



Antimilitaristisches Manifest

Mit jeder neuen Eskalation und jedem neuen Krieg, der vom Zaun bricht, wird unsere Arbeit wichtiger und unsere Positionen aktueller. Deshalb verweisen wir gerne auf unser Antimilitaristisches Manifest, das wir im Mai an der Vollversammlung verabschiedet haben.



BLANKOSCHECK

100 Milliarden, um die Schweiz gut verteidigen zu können?

Am 17. August stellte Armeechef Thomas Süssli den Bericht «Die Verteidigungsfähigkeit stärken – Zielbild und Strategie für den Aufwuchs» vor. TOBIA SCHNEBLI

Gesamthaft werden 40 Milliarden Franken an Investitionen in 3 Schritten vorgestellt. Zu dieser Summe kämen laut Bericht noch 60 Milliarden Betriebskosten hinzu. Bei den 13 Milliarden, die heftig in den Medien diskutiert wurden, handelt es sich nur um den ersten Investitionsschritt, der bis 2031 getätigt werden soll. Dieser hat zum Ziel, die «Verteidigungsfähigkeit der Armee substantiell zu stärken», sodass diese «ihren Auftrag erfüllen kann» angesichts der neuen kriegerischen Bedrohung in Europa und der Schweiz durch Russland. Auf der Einkaufsliste stehen zahlreiche Panzer und gepanzerte

Fahrzeuge, Minidrohnen, neue IT- und Kommunikationssysteme, sowie Boden-Luft-Raketen mit kurzer und mittlerer Reichweite. Neben konventionellen Waffen und neuen Technologien will die Armee auch «die internationale Kooperation verstärken» unter anderem mit den Armeen der NATO-Länder.

Im Bericht zeigt die Armee, wie sie konkret die Vorgaben umsetzen will, die der Bundesrat im Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht (Sipol B 22) gemacht hatte und die spezifisch auf die Folgen des Ukraine-Kriegs eingehen. Diesen Zusatzbericht hatte die Lan-

desregierung im September 2022 vorgestellt. Gleichzeitig fiel die Entscheidung der bürgerlichen Mehrheit, das Armeebudget um 40% zu erhöhen, damit es 1% des BIPs der Schweiz erreicht.

Für den Bundesrat und die Mehrheit im Parlament liegt die Priorität für die Sicherheitspolitik immer noch und zudem verstärkt in der militärischen Verteidigung. Zudem liege es «im Interesse der Schweiz, ihre Sicherheits- und Verteidigungspolitik konsequenter als bislang auf Kooperation mit Partnern auszurichten» (Zusatzbericht zum Sipol B, Kapitel 6). Wer sind diese Partner? «Die Nato wird auf absehbare Zeit das Rückgrat der gemeinsamen Verteidigung, inklusive der Abschreckung, in Europa

bilden» (ibid., Kap. 5). Aber einfach Trittbrettfahren ginge ja nicht, denn «Partnerschaften kann nur eingehen, wer auch substanzielle Leistungen erbringen kann. [...] Als Konsequenz daraus muss die Schweiz über die gesamte Breite an Verteidigungsfähigkeiten verfügen, um eine glaubwürdige Kapazität zur eigenständigen Verteidigung zu erhalten, aber auch um substanzielle Beiträge nach dem erforderlichen politischen Entscheid zugunsten der Partner erbringen zu können.» So kann man sowohl pro- als auch anti-NATO Militaristen zufriedenstellen. Und tant pis, wenn uns dann die Mittel fehlen, um soziale und ökologische Unsicherheit zu bekämpfen, die echten und dramatischen existentiellen Bedrohungen für die Bevölkerung.

CONNECTED 23

Propaganda-Anlass für (fast) alle

Drohnen-show, camoufliert geschminkte Kindergesichter und gemeinsames Biwakieren. Familienfreundlich, spassig, humorvoll, das ist die Armee am Anlass «Connected 23». Doch auch mit dem aufgesetzten Humor ist es schnell vorbei, sobald die Armee ein wenig Kritik einstecken muss. JONAS HEEB

ARMEE-VOLKSFEST

Der Eintritt zu Connected 23 war gratis, das Event öffentlich. Armeechef Thomas Süssli nutzte diesen Moment, um seine horrenden Aufrüstungspläne unter dem Deckmantel der «Steigerung der Verteidigungsfähigkeit» zu präsentieren (vgl. Artikel Tobia Schnebli). Weil diese Armeeschau an sich schon absurd und wie eine kostspielige Imagepflege wirkte, machte sich eine Handvoll Aktivist*innen der GSoA auf, um sich ein Bild vor Ort zu machen – und der Armee eine kleine Botschaft zu überreichen. Geplant war die Übergabe eines Blankoschecks im Wert der besagten 100 Milliarden Franken an die Armee, gezeichnet von den Steuerzahlenden. Dass diese Aktion und alleine unsere Präsenz für die Armeefunktionär*innen kein Grund zur Freude sein würde, war uns natürlich bewusst. Jedoch leben wir ja in einer Demokratie, die von verschiedenen Meinungen und von öffentlicher Kritik lebt und wer wären wir

denn, die Armee zu kritisieren, ohne diesen öffentlichen Anlass zu besuchen?

KRITIK UNERWÜNSCHT

Wenige Meter nach dem Eingang wurden fünf Aktivist*innen von der Militärpolizei zurückgepfiffen und nach deren Ansicht unseres Blankoschecks in ein separates Zelt gebracht – mit fünf Militärpolizisten. Nach langem Hin- und-Her-Funken und Telefonieren kamen die Militaristen zur Erkenntnis, dass sie uns als zivile Personen wenig anhaben konnten. Deshalb tauchte später die Kantonspolizei Zürich zu viert auf. Nachdem die Personalien aufgenommen und Porträtfotos von uns allen gemacht wurden, gab man uns zu verstehen, dass wir fünf Zivilisten und insbesondere unser Blankoscheck eine Gefahr seien; um uns herum standen neun bewaffnete Militär- und Kantonspolizist*innen. Nachdem wir bis auf den kleinsten Gegenstand durchsucht wurden, verwies man



Noch ahnten wir nichts: GSoA-Aktivist*innen vor dem Festival-Gelände des Connected 23.

uns nach ca. eineinhalb Stunden vom Gelände und konfiszierte den Blankoscheck. Es war eine Offenbarung, wie unkoordiniert und unprofessionell das gesamte Polizeigespann auftrat und welches Demokratieverständnis bei der Armee vorherrscht. Kritikfähig ist sie nicht.

Zwei weitere Aktivist*innen wurden ebenfalls vom Gelände verwiesen, nachdem einer davon im GSoA-Shirt gesichtet worden war. Der Platzverweis wurde damit begründet, dass

es ein paar «härtere Typen» auf dem Gelände gäbe und seine Sicherheit deshalb nicht garantiert werden könne. Bezüglich den härteren Typen: Derselbe Aktivist berichtete uns von Tätowierungen neonazistischer Symbole bei einigen Besuchenden. Solche sind also offenbar weniger schlimm zu werten als GSoA-Botschaften auf harmlosen T-Shirts. Dann sind wir ja mal gespannt, wie die Armee zur Sicherheit der Schweiz beitragen will.

F35-FIASKO

Turbulenzen rund um den F-35

Mitte September verschwand in den USA ein F-35 Kampffjet vom Radar. Auch in der Schweiz gibt es Verärgerung und die Kosten gehen durch die Decke. Es scheint, als befände sich der Tarnkappenbomber in einer stürmischen Phase, aus der er nicht mehr herauskommt. PAULINE SCHNEIDER

Menschen bemerken ein Flugzeug, das sehr nahe am Boden fliegt, die amerikanische Armee verliert jeglichen Hinweis auf den 80 Millionen Tarnkappenbomber, ein Pilot springt mit einem Fallschirm aus dem Flugzeug und wird ohne sein Fluggerät wiedergefunden und die Behörden suchen in den sozialen Netzwerken nach dem F-35 Kampffjet, der vom Radar verschwunden ist. Hört sich an wie der Plot eines schlechten Actionfilms, nicht wahr? Doch genau das ist letzten Monat in South Carolina geschehen, nachdem ein Flugzeug von Lockheed Martin

sich in Luft aufgelöst zu haben schien. Zum Glück für die Armee fand man die Überreste des abgestürzten Jets einige Zeit später in einem ländlichen Gebiet von South Carolina. Vor dem Absturz hatte das Flugzeug immerhin 100 km ohne seinen Piloten zurückgelegt und hatte dabei kein einziges Signal an die Zentrale gesendet.

PAPPJETS

Die Ursachen des Unfalls sind noch nicht bekannt, doch einige geben den Unwettern die Schuld, gegen die der Jet offenbar schlecht ge-

wappnet ist. Vor kurzem gab das britische Verteidigungsministerium eine Schätzung heraus, wonach man aufgrund von diversen technologischen und technischen Problemen alle 30'000 Flugstunden mit einem Unfall rechnen müsse. Für die Schweiz würde dies bedeuten, dass innerhalb der 30 vorgesehenen Betriebsjahre 5 der 36 gekauften Jets unbrauchbar würden. Man erinnere sich, dass Anfang dieses Jahres mehr als die Hälfte der Jets nicht flugbereit waren und am Boden geflickt werden mussten.

ERSTE ZWISCHENBILANZ

Vor gut einem Jahr hat die Schweiz mit den USA einen Kaufvertrag abgeschlossen und sich so über unsere Initiative hinweggesetzt, die dies verhindern wollte. Viola Amherd erklärte, der Druck sei von Lockheed Martin gekommen. Etwas später gab sie jedoch zu, dass die Schweiz wohl eine längere Frist hätte aushandeln kön-

nen. Jetzt sind es die Kompensationsgeschäfte, die zu reden geben, doch auch die Lieferverzögerungen aufgrund der gegenüber den Produktionskapazitäten viel zu hohen Bestellzahlen. Schon als der Bundesrat 2021 verkündete, er wolle die F-35 kaufen, wurde er dafür kritisiert. Heute ist es unverständlich, weshalb man Abermilliarden für einen Jet ausgeben soll, der im Stande ist, Bomben abzuwerfen, aber sich einer Gewitterzelle nicht mehr als 40 km nähern kann.

INTERNATIONALES

SCHWEIZER WAFFEN

In 50 Jahren nichts gelernt

Vor gut 50 Jahren, am 11. September 1973, putschte das chilenische Militär mit Hilfe der USA gegen den gewählten sozialistischen Präsidenten Salvador Allende. Was folgte, war eine blutige Militärdiktatur unter Augusto Pinochet. Tausende Menschen wurden verschleppt, gefoltert und ermordet. Die Schweizer-Rüstungsindustrie war Teil von diesem Staatsterror. MARTIN PARPAN

Zwischen 1964 und 1970 war in Chile Eduardo Frei Montalva an der Macht. Er war es, der erste tiefe soziale und ökonomische Reformen einleitete, wie beispielsweise die teilweise Verstaatlichung von Kupferbergwerken. Montalva wurde in einer demokratischen Wahl 1970 durch Allende abgelöst. Allendes Ziel war es, auf demokratischem Weg eine sozialistische Gesellschaft zu etablieren. Erste einschneidende Massnahmen waren umfassende Agrarreformen, die Verstaatlichung von grossen Banken und Industriebetrieben. Es war die Zeit des kalten Kriegs. Die USA sah in Allende eine Gefahr, die es zu stoppen galt. Mit Hilfe der CIA kam es am 11. September 1973 zum Putsch. Die chilenische Militärjunta stürmte den Präsidentenpalast, Allende nahm sich noch am selben Tag

das Leben. Es war der Start von Pinochets Gewaltregime, welches das Land in den kommenden Jahren im Würgegriff halten sollte.

TÖTEN MIT SCHWEIZER-LIZENZ

Durch die blutige Machtübernahme von Pinochet sah sich die Schweiz gezwungen, Kriegsmaterialexporte nach Chile zu verbieten. Dieses Verbot stand allerdings in diametralem Gegensatz zu den Interessen, welche die Schweizer-Rüstungsindustrie verfolgte. Sie sah in Pinochet einen potenten Abnehmer ihrer Rüstungsgüter und wollte sich dieses Geschäft durch ein Verbot nicht entgehen lassen. Dass Pinochet grosses Interesse an Schweizer-Rüstungsgütern hatte, stellte er mit Millionenbestellungen kurz nach seiner Machtübernahme unter Beweis. Es war

dann die in Kreuzlingen beheimatete Mowag, die als erste einen Weg fand, um trotz Exportverbot mit Pinochet Geschäfte zu machen. Sie erteilte der chilenischen Armee die Lizenz, die Schweizer Panzer selbst zu bauen. Wenig später zog die Schaffhauser Firma SIG nach und lieferte neben einer Lizenz zum Gewehrbau auch die dazu nötigen Produktionsmaschinen. Regelmässig reisten zudem hohe chilenische Militärs zur SIG nach Neuhausen, um sich in der Produktion der Maschinengewehre fortbilden zu lassen. Der Bundesrat intervenierte nicht, sondern schützte diese Umgehung des Exportverbotes unter Verweis auf die Handelsfreiheit. Für die Schweizer Rüstungsunternehmen brachte die Auslagerung einen lukrativen Vorteil: Via Chile konnten sie nun auch mit anderen rechten Diktaturen Waffengeschäfte abwickeln. So produzierten die unter der Diktatur ausgebauten Waffenschmieden Sodoco, Cardoen und Famae auch Schweizer Kriegsgeräte in Lizenz.

Dass Schweizer-Rüstungsgüter mit dem Tod von Augusto Pinochet im Jahr 2006 nicht aus der chilenischen Geschichte verschwunden sind, zeigte sich als im Jahr 2019 Millionen Bürger gegen das rechte Regime vom damaligen Prä-

sidenten Sebastián Piñera demonstrierten. Die Armee rollte auf Panzern des Typs «Piranha» (Mowag) an, geschossen wurde unter anderem mit dem Sturmgewehr SG 540 der Firma SIG. Und so schliesst sich der Kreis zur Schweiz und dem Geschäft mit den Lizenzen zu Zeiten der Pinochet-Diktatur.

ES GEHT WEITER

Wer nun beschämt auf diese blutigen Verbandlungen der Schweizer-Rüstungsindustrie mit Pinochet zurückschaut und davon ausgeht, dass es sich um eine Verfehlung der damaligen Zeit handelt, die sich heute kaum wiederholen könnte, der irrt. Die Schweizer-Rüstungsindustrie exportierte im Jahr 2022 Rüstungsgüter für 955 Millionen Franken. Hauptabnehmer war Katar, Saudi-Arabien rangiert auf Platz 4. Mit Schweizer Rüstungsgütern wurde und wird seit Jahren auf den Kriegsschauplätzen dieser Welt getötet (Syrien, Irak, Jemen etc.). Aus der Geschichte hat man nichts, aber auch gar nichts gelernt. Die Schweiz hat bis vor wenigen Jahren auch Russland mit Waffen beliefert. Putin war damals schon an der Macht. Und es geht weiter.

ATOMWAFFEN

Für eine Welt ohne Atomwaffen

Am 6. August 2023 trafen wir uns in den Bains des Pâquis in Genf, um der Bombardierung von Hiroshima zu gedenken, sowie um vom Bundesrat die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags (TPNW) zu fordern. KILIAN BELLO

Am 6. August 1945 begann nämlich das nukleare Zeitalter. Denn damals wurde die Stadt Hiroshima bombardiert, was zu einer noch nie dagewesenen Zerstörung führte. Bei diesem Angriff kamen 150'000 Personen sofort und auf tragische Art und Weise ums Leben. Hinzu kam die Häufung von Krebserkrankungen in den darauffolgenden Jahren. Heute, 78 Jahre später, versuchen neun Atommächte (die USA, Russland, China, Grossbritannien, Frankreich, Israel, Indien, Pakistan und Nordkorea) immer noch alles, um ihre nuklearen Arsenale zu modernisieren, indem sie neue Produktionsstätten bauen und ihre Waffensysteme verbessern.

Im Jahre 2022 haben die Regierungen dieser Länder etwa 83 Milliarden Dollar für dieses Vorhaben aufgewendet. Und auch die öffentlichen Drohungen, unter anderem von Seiten Donald Trumps, Kim Jong Uns und Wladimir Putins, einen Atomkrieg loszutreten, wurden immer lauter. Wir erleben heute einen Tabubruch rund um Atomwaffen und deren Einsatz. Diese sehr besorgniserregende Entwicklung verstärkt die tödliche Bedrohung der Menschheit noch weiter. Denn wir leben in einer Zeit, in der die Wahrscheinlichkeit, dass Atomwaffen benutzt werden, so hoch ist wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. So schätzte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Antonio Guterres, bei einer Konferenz im Jahr 2022 die Situation fol-

gendermassen ein: «Heute ist die Menschheit einen Rechenfehler von der nuklearen Vernichtung entfernt.»

Bis jetzt hatten wir also besonders viel Glück, doch das könnte sich auch ändern. Um eine immanente nukleare Katastrophe abzuwenden, haben die Nichtatommächte ein Abkommen zum Verbot von Kernwaffen vorgeschlagen. Dieses wurde mit einer sehr grossen Mehrheit (122 Staaten) bei einer UNO-Konferenz im Juli 2017 gutgeheissen. Der TPNW verbietet Entwicklung, Tests, Produktion, Kauf, Besitz und Lagerung von Atomwaffen, sowie die Drohung mit deren Einsatz.

Im Januar 2021 trat der TPNW in Kraft und trotz des Widerstands aller Atommächte wurde dieser von 92 Ländern unterzeichnet und von 68 davon ratifiziert. Es ist also offensichtlich, dass ein grosser Teil der Weltbevölkerung das Verbot von Atomwaffen fordert. Dabei werden sie in Geiselschaft gehalten von einer Handvoll Staaten, die das Zerstörungspotential, das ihnen diese Waffe gibt, nicht aufgeben wollen.

So erscheint es doch skurril, dass der Bundesrat sich trotz eines positiven Votums beider Kammern seit 2018 weigert, den TPNW zu unterzeichnen, denn die Schweiz ist ja international offiziell ein neutrales Land. Diese Entscheidung ist umso bizarrer, da sich die Schweiz aktiv bei der Erarbeitung des TPNW beteiligt hatte. Plötz-



lich entschied sie sich jedoch, die Unterzeichnung und Ratifizierung des Abkommens auf unbestimmte Zeit hinauszuzögern.

In den Medien kam kürzlich heraus, dass der Unwille zur Unterzeichnung seitens des Bundesrats wohl auf den Druck der NATO zurückzuführen sei. So wurde auch Verteidigungsministerin Viola Amherd überzeugt, die heute klipp und klar gegen eine Unterzeichnung des TPNW ist. Der Wille der Schweiz, sich der NATO anzunähern, könnte also auf Kosten ihres Rufes und ihrer humanitären Glaubwürdigkeit gehen, die sie sich seit dem 19. Jahrhundert aufgebaut hatte. Dies darf nicht geschehen! Deshalb ist es unabdingbar, dass wir den Bundesrat dazu brin-

gen, den TPNW zu unterzeichnen.

Nach dem Austritt Russlands aus dem New Start-Vertrag und dem Ausbruch des Kriegs gegen die Ukraine ist die Gefahr heute so gross wie nie, dass diese Waffen benutzt werden. Der gesamte Planet ist so in der Hand von einigen Nuklearmächten. Nur durch das Verbot dieser Waffen können wir uns also beschützen. So ist es essentiell, dass der Bundesrat sofort das Abkommen dem Parlament zur Ratifizierung unterbreitet, so wie es dies verlangt hatte. Wir setzen uns ab sofort dafür ein, dass der TPNW unterzeichnet und ratifiziert wird, damit wir uns einer Welt nähern, die von der nuklearen Bedrohung völlig befreit ist.

NATO

Die Luftschlösser der Nato-Annäherung

Viele reden von «Annäherung an die Nato» oder «Kooperation mit der Nato». Würden sie es auch tun, wenn sie wüssten, was es konkret bedeutet? JOSEF LANG

Letztes Jahr veröffentlichte Bruno Lezzi, ein langjähriger NZZ-Redaktor und Oberst im Generalstab, ein Erinnerungsbuch, in dem er die naiven Vorstellungen, die hinter Begriffen wie «Nato-Annäherung», stecken, gründlich zerzaust. Der kürzlich verstorbene Autor von «Von Feld zu Feld» (Edition Königsstuhl) tat es, um den Nato-Beitritt zu begründen. Aber aus seinen Ausführungen lassen sich auch andere Schlüsse ziehen.

HINDERNIS MILIZ

Lezzi zeigt auf, dass nicht nur der Nato-Beitritt, sondern auch die Nato-Kooperation unvereinbar sind mit der Miliz und der Neutralität. Zu den Problemen mit dem Milizprinzip schreibt er: «Im Rhythmus der Wiederholungskurse mit stets wechselnden Formationen lässt sich keine Tiefenwirkung erzielen. (...) Eine sporadische Übungsbeteiligung, die dem Ausbildungsrhythmus der Miliz folgt und damit zwangsläufig an der Oberfläche bleibt, bringt fachlich nichts.»

In anderen Worten: Die Schweizer Milizsoldaten ständen den Nato-Berufssoldaten bloss im Weg.

Wer aus «vorwiegend problemlosen» Friedensmissionen schliesse, «dass die Milizarmee auch in High-Intensity-Operationen mithalten könne», schieße «weit am Ziel vorbei». Der kenne «weder das Anforderungsprofil der Nato noch die Fähigkeiten der Miliztruppe». Lezzi warnt damit vor dem «Bau von Luftschlössern» und vor «theoretischen Konstruktionen». Aufgrund «praktischer Erfahrungen» in der Kooperation hätten sich Schweden und Finnland, «die seit langer Zeit weit intensiver mit der NATO zusammenarbeiten als die Schweiz», für eine «Integration in die Nato entschieden».

HINDERNIS NEUTRALITÄT

Noch grössere Probleme für die Nato-Annäherung sieht Lezzi im Zusammenhang mit der Neutralität. Die «schwergewichtige Ausrichtung des Bündnisses auf allfällige Konfrontationen

mit Russland und China» stellen «schon jetzt eine unüberwindliche Hürde für die neutrale Schweiz dar». Diesem Klartext fügt Lezzi die Frage bei: «Und hätte die Nato wirklich Zeit für Übungen mit einem Land, das erklärtermassen auf eine Zusammenarbeit im Verteidigungsfall angewiesen ist, diese aber im Ernstfall von einer Vielzahl von Vorbehalten abhängig machen würde?»

Am Beispiel der Luftwaffe illustriert Lezzi den Widerspruch zwischen «Interoperabilität» und Neutralität: «Wenn es denn, wie der Chef der Armee Thomas Süssli erklärt hat, tatsächlich richtig wäre, dass sich die Schweiz alleine nicht mehr nachhaltig verteidigen könne, würde die Teilnahme an einigen Übungen der NATO auf kleinstem Feuer bestimmt nicht mehr ausreichen, um die Voraussetzungen für ein nahtlose Zusammenarbeit im Ernstfall zu schaffen.» So sei «ohne Integration in das Luftverteidigungssystem der Allianz die Durchführung von Luft-Boden-Operationen über weite Distanzen nicht zu denken.» Lezzi fügt dem bei, dass solche Einsätze dem Kampfflugzeug F-35 am besten

lägen. Damit bestätigt er, dass mit Hilfe der SVP ein Flugzeug beschafft wird, das die Schallmauer der Neutralität durchbricht.

ARMEE ODER NEUTRALITÄT

Lezzi fordert den Bundesrat auf, «den Mut aufzubringen, den geringen Spielraum für eine Ausweitung des Kooperationsrahmens offen zu schildern». Er solle aufhören, «den Bürgern Sand in die Augen zu streuen». Dem fügt er bei: «Keinesfalls darf die Illusion genährt werden, dass Neutralitätsrecht und Neutralitätsstatus eine Verteidigungskooperation erlauben, die einen wirklichen Sicherheitsgewinn brächte.»

Die bewaffnete Neutralität ist ein Auslaufmodell. Entweder entscheiden wir uns für die Bewaffnung, treten der Nato bei und schaffen die Neutralität ab. Aber 91 Prozent halten gemäss der Studie «Sicherheit 2023» an ihr fest. Oder wir entscheiden uns für eine zivile, solidarische Neutralität und schaffen die Armee ab. Diese wird aktuell von 78 Prozent befürwortet. 55 Prozent sind für eine Nato-Kooperation. Weil aber diese mit Miliz und Neutralität nicht funktioniert, steht die Schweiz letztlich vor der Frage: Nato-Armee oder armeefreie Neutralität?

GESCHICHTE DER GSOA

10 Jahre Aufhebung der Wehrpflicht

Am 22. September 2013 stimmte die Stimmbevölkerung über unsere Initiative zur Abschaffung der Wehrpflicht ab. Eine Einordnung. JORIS FRICKER

«Die Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht ist an der Urne klar gescheitert. Die GSoA hat es nicht geschafft, das Schweizer Stimmvolk zu überzeugen, dass der sinnlose Zwang zum Militärdienst für Männer der Vergangenheit angehören muss.» So klingt es in der Stellungnahme der GSoA nach der Abstimmung im Jahre 2013. So spricht eine Verliererin. Es war keine einfache Situation, in die man sich damals begeben hatte. Nachdem 2005 an einer Tagung der GSoA und anderen Friedensorganisationen die Idee einer Aufhebung der Wehrpflicht erstmals ernsthaft diskutiert wurde, fiel der Entscheid für eine Lancierung knapp fünf

Jahre später. Das letzte stehende Tabu der Schweizer Armee sollte angegriffen werden: Die Dienstpflicht. Viele Gründe sprechen dafür, festgehalten beispielsweise in einem damaligen GSoA-Communiqué: «Viele Männer würden sich lieber um ihre Kinder kümmern oder ihre Ausbildung abschliessen, anstatt ins Militär zu gehen und Krieg zu spielen.» Die Alternative, der Zivildienst, wurde zudem schon damals möglichst unattraktiv gemacht. Ohne an der grundsätzlichen Existenz der Armee zu rütteln, bot sich die Gelegenheit, die letzte heilige Kuh zu schlachten. Eine solche war die Wehrpflicht durchaus. International allein auf weiter Flur

hätte die Schweiz hier nachziehen und ihr Dienstmodell überdenken können.

BERUFARMEE ALS ALTERNATIVE?

So wichtig und richtig die Forderung auch war, konnten zwei Punkte nie gänzlich aus dem Weg geräumt werden. Einerseits fruchtete das Argument der Gegner*innen einer «Armeeabschaffung in Raten» durchaus. Nur schlecht konnte die GSoA, welche die Armeeabschaffung im Namen trägt, leugnen, dass es sich nicht eben doch irgendwie um einen Versuch der Abschaffung handelte. Andererseits blieb bis am Schluss die Frage des «Danachs» ungeklärt. Der Initiativtext sah lediglich vor, einen freiwilligen Dienst anzubieten, gab aber keine konkrete Antwort auf die Frage, ob Berufarmee oder freiwillige Milizarmee die bessere Alternative wäre. Zwar hielt die GSoA in ihrem Argumentarium fest, dass eine Berufarmee abzulehnen wäre. Doch so richtig mochte es wohl doch niemand glauben, dass eine freiwillige Milizarmee das Ziel der GSoA war. Die GSoA versuchte, die Frage folgendermassen zu umschiffen, wie an der erwähnten Tagung 2005 festgehalten: «Die GSoA betonte, dass es nicht Aufgabe der friedenspolitischen Linken sei, der Armee nach einer Abschaffung der Wehrpflicht zu einer Zukunft zu verhelfen und machte klar, dass für sie als Nachfolgerin der Wehrpflicht weder eine Berufarmee noch eine freiwillige Miliz eine valable Option sei.» Also eben doch: Armeeabschaffung in Raten. So legitim es auch ist, so schwer war es zu verkaufen.

BÜRGERLICHE BEIM ZIVILDienst SCHEINHEILIG

Im Abstimmungskampf mauserten sich gewisse Bürgerliche regelrecht zu Verfechtern des Zivildienstes. Schliesslich wäre dieser in der derzeitigen Form ebenfalls der Aufhebung der Wehrpflicht zum Opfer gefallen. Dass der Zivildienst normalerweise ein Feindbild bürgerlicher Politiker*innen ist, wurde weitläufig unterschlagen. In der GSoA-Stellungnahme nach der Abstimmung wurde demnach festgehalten: «Wir werden diese PolitikerInnen auf ihre Aussagen behaften, so dass sie den Zivildienst in Zukunft nicht noch zusätzlich unattraktiver ausgestalten.» Die Hoffnung, der Zivildienst käme gestärkt aus dieser Debatte, hielt nicht allzu lange. In den vergangenen Jahren war der Zivildienst immer neuen Angriffen der Bürgerlichen ausgesetzt. Auf 2024 werden diverse Modelle geprüft, die allesamt eine markante Verschlechterung bedeuten würden.

Pünktlich auf das 10 Jahre-Jubiläum der Abstimmung steht möglicherweise eine weitere Debatte zur Dienst- und Wehrpflicht an. Die Argumentation bleibt aber sowohl im Kontext der Überprüfung der Dienstmodelle wie bei der Initiative für einen Bürger*innendienst («Service Citoyen») ähnlich: Zwangsdienst jeglicher Art ist noch immer abzulehnen.

Ein Trostpflaster blieb damals: Die Gegnerschaft hatte damals aus Furcht vor einem Ja so viel Geld investiert, dass sie beim Grippe-referendum im Folgejahr deutlich weniger in die Kampagne stecken konnten. Diese Abstimmung haben wir gewonnen und das tröstet bis heute über die Niederlage der Wehrpflicht-Initiative hinweg.



Lancierung Initiative zur Aufhebung der Wehrpflicht.

DIE LETZTE

GLOSSE

Globi und die strukturelle Nichtangriffsfähigkeit

Die «strukturelle Nichtangriffsfähigkeit» ist ein Konzept aus der Zeit der Entspannungspolitik der 1980er-Jahre. Der Ansatz ist, den Frieden zu sichern, indem die militärischen und politischen Strukturen so gestaltet werden, dass eine Gesellschaft zwar noch eine Armee hat, diese aber über keine strategischen Angriffsfähigkeiten verfügt.

Militärtechnisch ist die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungswaffen bestenfalls schwammig. Aber es gibt durchaus gesellschaftliche Strukturen und Traditionen, welche es unwahrscheinlich machen, dass eine Nation einen Krieg beginnt.

HELDENTUM

Montgomery und Nelson, Eisenhower und George Washington, Schukow und Suworow,

Napoleon und de Gaulle – in vielen Ländern werden Feldherren wie Nationalheilige verehrt. Aber auch die einfachen Leute, welche in einem Krieg ihr Leben liessen, sind im Alltag präsent. In den USA hängt an jeder zweiten Strassenkreuzung eine Plakette eines Soldaten aus der Nachbarschaft, der in Vietnam in Kriegsgefangenschaft war, oder einer Soldatin, die im Irak fiel.

Die Schweiz kennt das nicht. Winkelried, der einzige veritable Schweizer Kriegsheld, starb gemäss dem Mythos vor mehr als einem halben Jahrtausend. Obwohl die Schweiz seither keinen Mangel an Religionskriegen und Söldnertum hatte, sind die einzigen populären Militärs die Generäle Dufour und Guisan, welche nicht für ihren Kampfesmut bewundert werden, sondern weil sie Kriege vermieden.

TRACHTENVEREIN

Als Peter Bodenmann die Armee als grösste Trachtenarmee der Welt bezeichnete, war das durchaus verächtlich gemeint. Aber immerhin beginnen Trachtenvereine keine Kriege. Die Schweizer Armee ist kein Ort, der Held:innen kreierte, sondern eine patriarchale Pfadi für Grosse, die als grösstes Opfer fordert, dass man im Dienst seine Lebenszeit vertrödelt, anstatt sich um Familie und Arbeit zu kümmern. In der Schweiz gibt es keinen G.I. Joe und kein A-Team, dafür HD Lämppli und Gilberte de Courgenay.

Exemplarisch zeigt das auch das Kinderbuch «Globi wird Soldat» aus dem Jahr 1940, legitimiert von der damaligen Militärzensur. Globi bekämpft da keine Feinde, sondern er bekommt einen Verband, weil sein Arm vom dauernden

Grüssen ganz geschwollen ist. Globi poliert die Schuhe, bis sie zu brennen beginnen. Globi versteckt Reissnägeln unter dem Sattel des Leutnants, und als er in den Arrest muss, legen ihm seine Kameraden eine Leitung, damit Globi aus einem Süssmost-Fass trinken kann.

Am Schweizer Wesen wird wohl kaum die ganze Welt genesen. Aber wie der Ukraine-Krieg gezeigt hat, braucht es für Europas Osten ein besseres System der gemeinsamen Sicherheit, in dem auch das Thema der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit relevant werden könnte. Und vielleicht könnte die Schweiz anstatt Waffen in die Ukraine Globi-Bücher nach Russland liefern, um der militaristischen Propaganda Putins etwas entgegenzuhalten.

ANDREAS WEIBEL

GREGOR, das glückliche Gewehr



Bestelltalon GSoA-Material

Anzahl	Bezeichnung	Frau / Mann	Grösse	Einzelpreis	Total
	Peace-Button			Fr. 1.–	
	T-Shirt Waffenvernichtungsmasse	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	Pullover «If war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 35.–	
	T-Shirt «war is the answer...»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Stopp Kampfjets!»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	T-Shirt «Gregor»	<input type="radio"/> F <input type="radio"/> M	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.–	
	«Gregor»-Feuerzeug			Fr. 2.–	
	GSoA-Sackmesser			Fr. 25.–	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> PACE	<input type="checkbox"/> PEACE	Fr. 12.–	
	Stickers			kostenlos	
	Sticker Antimilitaristisches Manifest	10 Stck.		Fr. 2.–	
	Jasskarten	<input type="checkbox"/> de Set	<input type="checkbox"/> fr Set	Fr. 5.–	
	Feldpost-Päckli			Fr. 60.–	
	Jubiläums-T-Shirts 40-Jahre GSoA:				
	Stop the Army	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.–	
	Defend Earth, End War	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.–	
	Defund Military, Cultivate Peace	unisex	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 20.–	
	Versandkostenanteil			Fr. 5.–	
	Ich werde GSoA-Mitglied	<input type="checkbox"/> Verdienende	Fr. 100.–	<input type="checkbox"/> Nichtverdienende	Fr. 50.–
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. _____	<input type="checkbox"/> Fr. 50.–	<input type="checkbox"/> Fr. 20.–	<input type="checkbox"/> Fr. 10.–
	Ich will aktiv mitmachen: Kontaktiert mich	<input type="checkbox"/>			
	Rechnungsbetrag				

Name

Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.

E-Mail

Bestellung: GSSA, CP 151, 1211 Genève 8, www.gsoa.ch/shop